

# HUMBOLDT LAW CLINIC GRUND- UND MENSCHENRECHTE



## Projekte 2014/2015

### Elternschaft von Trans\*Personen

**Anna Schärli und Chris\*tin Richter**

**Kooperationspartner\_in: Rechtsanwältin Inken Stern**

Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Januar 2011, in welchem der Senat angeführt hat, dass es mit Verfassungsrecht unvereinbar ist, eine Fortpflanzungsunfähigkeit zur Voraussetzung für eine Änderung des Personenstandes zu erzwingen, ist es möglich geworden, dass Personen, die rechtlich dem „männlichen“ Geschlecht zugeordnet werden, Kinder gebären und Menschen, die personenstandsrechtlich „weiblich“ zugeordnet werden, Kinder zeugen können.

Da jedoch im Familienrecht Mutterschaft klar an das weibliche Geschlecht und den Vorgang des Gebärens, Vaterschaft wiederum an das männliche Geschlecht und die Zeugungsfähigkeit gebunden werden, kann es zu einem Auseinanderfallen der rechtlichen Zuordnung als Mutter oder Vater und der empfundenen Geschlechtsidentität kommen. Beispielsweise bleibt für eine Frau, die mit ihrem Samen ein Kind gezeugt hat, keine Möglichkeit, als Mutter in der Geburtsurkunde und dem Geburtsregistereintrag des Kindes anerkannt zu werden. Ihr bleibt lediglich die Option, das von ihr gezeugte Kind als Stiefkind zu adoptieren. Laut BGB kann Mutter eines Kindes nur die Frau sein, die es geboren hat. Ebenso ist es für einen Mann, welcher ein Kind gebärt, nicht möglich, als Vater des Kindes anerkannt zu werden – er würde in diesem Falle im Geburtenregister und der Geburtsurkunde seines Kindes als „Mutter“ des Kindes verzeichnet.

In ihrem Rechtsgutachten beschäftigen sich die Studierenden mit der Frage, ob Trans\*Frauen Elternrechte, die ihrer geschlechtlichen Identität entsprechen, zugestanden bekommen können und wenn ja, wie diese geltend gemacht werden könnten. Hierfür schildern sie zunächst beispielhaft einen fiktiven Fall. Anhand dessen werden verschiedene Rechtsansprüche der Trans\*frau sowie ihrer Kinder untersucht und geprüft, ob durch die derzeitige Rechtslage in Deutschland Grund- und Menschenrechte verletzt werden.